Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 229. | Dresden, Dienstag den 3. Oktober 1911. | 22. Jahrg.

Ein Riesenkampf der britischen Bergarbeiter.

Aus London wird uns geschrieben:

lk. Die Lage im britischen Bergbau gestaltet sich immer bedrohender. Die Unzufriedenheit der Grubensklaven von einem Ende bis zum andern des Reiches ist auf dem Siedepunkt angelangt, und es erscheint sehr fraglich, ob der seit Monaten angedrohte Generalstreik überhaupt noch zu vermeiden sein wird. Die Konflikte zwischen den Arbeitern und den Grubenherren sind ohne Zahl und fast in jedem Distrikt verschieden, aber zwei Beschwerden, die allen Distrikten gemeinsam sind, werden die Bergarbeiter des ganzen Reiches zusammenschweißen und zum gemeinsamen Kampfe zwingen, die Fragen der Lohnrate an abnormalen Stellen und des allgemeinen Minimallohnes. Die erstere Frage ist bei weitem leichter zu lösen, aber auch sie hat schon gewaltige Kämpfe, vor allem auch den langen Streik im südwalisischen Kohlengebiet, verursacht und kann jetzt sehr leicht zu einem Generalstreik führen. Die Forderung eines allgemeinen nationalen Minimallohnes aber stößt auf so hartnäckigen Widerstand bei den Grubenherren, daß ein Riesenkampf, wie ihn England noch nicht gesehen hat, geradezu unausbleiblich scheint.

Noch nie hat eine solche Kampfesstimmung, eine so feste Entschlossenheit in den englischen Kohlenfeldern geherrscht, wie jetzt. Hätten die, meist konservativen, Führer der Bergarbeiter nicht ihre ganze Kraft darein gesetzt, die Massen der Arbeiter zu beruhigen, dann wäre der Kampf bereits vor Monaten zum Ausbruch gekommen. Aber die zahlreichen Konferenzen der Bergarbeiter im Laufe des verflossenen Jahres zeigten deutlich, daß die versöhnlicheren Führer mehr und mehr ihren Halt über die Arbeiter verlieren. Nur mit der äußersten Kraftentfaltung gelang es den Führern in der Konferenz vom 28. Juli, die sofortige Vornahme einer Urabstimmung der Mitglieder, ob wegen der Lohnfrage an abnormalen Stellen ein Generalstreik erklärt werden solle, hinauszuschieben, bis noch eine Konferenz zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Unternehmern stattgefunden haben werde. Die Konferenz war aber vorsichtig genug, auch zu bestimmen, daß an dieser Konferenz neben den Vorstandsmitgliedern des Bergarbeiterverbandes, die wegen ihrer Nachgiebigkeit bekannt sind, auch noch fünfte Vertreter der verschiedenen Grubendistrikte teilnehmen sollen, um den Vorstande den Rücken zu steifen. Diese Konferenz der Führer mit den Unternehmern hat jetzt in London stattgefunden und ist ergebnislos verlaufen! Die Arbeiter verlangten, daß an abnormalen Stellen arbeitende Knappen nicht weniger Lohn erhalten sollen, als der Normallohn für normale Stellen beträgt. Die Grubenherren dagegen weigerten sich, eine allgemeine Regel für das ganze Reich anzuerkennen, sondern stellten sich auf den Standpunkt, daß die Frage in jedem Revier selbständig entschieden werden müsse. Da beide Teile bei ihrem Standpunkt beharrten, konnte von einer Einigung keine Rede sein.

So stehen die Dinge am Vorabend der Jahreskonferenz des Britischen Bergarbeiterverbandes, die am Montag in Southport zusammentritt. Es ist unvermeidlich, daß die Konferenz nunmehr die sofortige Vornahme der Urabstimmung beschließt, und über deren Ergebnis besteht nicht der geringste Zweifel: sie wird eine erdrückende Mehrheit für den Generalstreik ergeben. Manche Grubenherren und, wie es scheint, auch die Regierung geben sich noch der Illusion hin, daß es zu keiner gemeinsamen Aktion aller Bergarbeiter des Reiches kommen könne, weil in den verschiedenen Revieren verschiedene Kündigungsfristen bestehen und die Arbeitsverträge zu verschiedenen Zeiten ablaufen. Aber diese Herren leben in einem Narrenparadies und können keine Ahnung von der Stimmung der Bergarbeiter im ganzen Lande haben, wie sie sich in den zahlreichen Briefen von Grubenarbeitern in der sozialistischen Presse kundgibt. Die Führer des Verbandes haben bereits die schwersten Angriffe über sich ergehen lassen müssen, weil sie nicht schon den Generalstreik der Eisenbahner dazu benutzt haben, zum Schlage auszuholen.

Wenn es an der Southporter Konferenz zu ernsteren internen Differenzen kommt, dann werden sie sich schwerlich auf die Frage der abnormalen Arbeitsstellen, sondern auf die viel weitertragendere des allgemeinen Minimallohns beziehen. Die Bewegung um die Erzwingung eines allgemeinen Minimallohns hat in der letzten Zeit sehr stark um sich gegriffen. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen den verschiedenen Distrikten besteht darüber, ob der geforderte Minimaltagelohn 8 oder 7 Schilling betragen soll; einige Führer reden dem Minimallohn von 6 Schilling das Wort, finden aber sehr wenig Anklang. Dieser Minimallohn bezieht sich nur auf Hauer, andere Arbeiterkategorien sollen entsprechend geringere Löhne bekommen. Die Arbeiter wollen nichts mehr von der Passierung frommer Resolutionen wissen und fordern von den Führern Taten. Die Stimmung der Bergarbeiter kommt sehr treffend zum Ausdruck in dem Leitartikel eines so mäßigen Organs wie der Labour Leader, das offizielle Blatt der J. L. P. Es heißt darin: „Niemals in der Geschichte des Kohlenbergbaues sind die Bergarbeiter so einig gewesen, niemals war ihre Entschlossenheit so hoch, niemals war die Triebkraft, mit der die Führer zu rechnen haben, so mächtig, und niemals war es mehr die Pflicht der Führer, ihre Feldherrnkunst zu zeigen und sich einer prächtigen Gelegenheit würdig zu zeigen. Dies alles wird von den kampfesfroheren Führern anerkannt. Wenn die Führer der alten Schule nicht beweisen, daß ein neuer Geist eingezogen ist, ein Geist, der keinen Aufschub mehr duldet, dann wird ihr Einfluß, der bereits durch Unfähigkeit gefährdet worden ist, einen Schlag erhalten, von dem er sich nicht wieder erholen wird. Jede weitere Unschlüssigkeit auf ihrer Seite wird die Masse unvermeidlich aufs äußerste erbittern. Die Stimmung ist derart, daß wenn die Führer nicht führen wollen, es wahrscheinlich ist, daß die Masse ohne sie marschieren wird."

Daß das allgemeine Publikum den Ernst der Lage zu begreifen beginnt, beweist die Tatsache, daß die Kohlenhändler von Industriellen und Privatkonsumenten um Kohle geradezu bestürmt werden, obschon der Preis bereits vorahnend erhöht worden ist. Was aber ein allgemeiner Bergarbeiterstreik bei der gegenwärtigen Stimmung der Arbeiter aller Berufe bedeuten würde, ist völlig unberechenbar. Der geringste Anstoß würde genügen, den Eisenbahnverkehr des ganzen Reiches, auf dem die Unzufriedenheit auch jetzt an allen Ecken und Enden durchbricht, wieder zum Stillstand zu bringen. Ein gleichzeitiger Streik dieser beiden wichtigsten Berufe würde aber eine Lage schaffen, die der Bourgeoisie noch einen anderen Schrecken einjagen würde als der jüngste Eisenbahnerstreik.

Der Marokkoschacher.

Ein höchst vernünftiges Manifest hat die französische Sektion der deutsch-französischen Wirtschaftsvereinigung erlassen. Die bisherige Passivität dieser Organisation während des deutsch-französischen Konflikts wird zunächst an den Statuten begründet, die der Vereinigung die Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten verbieten, sodann wird weiter erklärt:

Die deutsch-französische Wirtschaftsvereinigung kann sich nicht enthalten, ihren lebhaften Wunsch auszusprechen, daß die diplomatischen Verhandlungen so schnell wie möglich zu einem endgültigen Ergebnis führen mögen, das die Interessen beider Länder in gleicher Weise respektiert. Es wäre unendlich bedauerlich, wenn die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, die sich in den letzten Jahren zu einem Gesamtwert von zwei Milliarden erhoben, und die durch Zollmaßregeln von beiden Seiten ohnehin genug in ihrer Entfaltung behindert sind, eine neue Störung erfahren sollten. Vielmehr ist zu hoffen, daß der bevorstehende Abschluß der wirtschaftspolitischen Verhandlungen über Marokko nur das Vorspiel zu einer weitergehenden Verständigung sein werde, die das industrielle Eigentum, die Zollverhältnisse, die Verringerung der Postgebühren, die Verbesserung der Verkehrsfrage betreffen wird.

Das Manifest weist auf diese Weise ganz zutreffend darauf hin, daß, wie die arbeitende Klasse, sogar auch ein großer Teil Kapitalisten an einer friedlichen Gestaltung der europäischen Lage, insbesondere an der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen interessiert ist. Hier stehen Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel, denen gegenüber die weltpolitische Beute, um die einige kleine, aber mächtige Kapitalistencliquen raufen, so gut wie völlig bedeutungslos bleibt.

Auch der Vorstand der deutschen Kolonialgesellschaft hat zum Marokkoschacher Stellung genommen und versendet folgende Erklärung gegen die Kongokompensationen:

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die uns angeblich zugedachten Gebietsentschädigungen an den Kameruner Grenzen für uns keinen wertvollen Zuwachs bedeuten. Das im ganzen sumpfige und wenig fruchtbare Land bietet nicht viel und ist zum großen Teil einer erwerbsgierigen Konzessionspolitik ausgeliefert, und unter seiner dünnen Bevölkerung wütet die Schlafkrankheit. Wir würden uns ferner durch den Erwerb dieser Gebiete wesentliche finanzielle Lasten aufladen....

Selbstverständlich steht man in der Deutschen Kolonialgesellschaft nach wie vor auf dem Standpunkt ihrer Kundgebung vom 5. August: Wenn nun einmal die Algeciasakte nicht aufrecht zu erhalten war, so konnten für uns Kompensationen nur in Marokko selbst in Frage kommen.

Die Angst vor der neuen Kolonie ist verständlich, nachdem man mit Kolonien so üble Erfahrungen gemacht hat wie mit Wüst-West, das trotz der phantasievollen Bemühungen eines Dernburg noch immer nicht rentieren will. Darum dürfte auch dem Hin- und Hergezerre um Marokko ein nicht minder andauerndes Kongogefeilsche folgen.

•

Das Ende des ersten und der Anfang des zweiten Aktes.

Paris, 2. Oktober. Den Mittagszeitungen zufolge genehmigte der Kabinettsrat die gestern hierher übermittelte Antwort Deutschlands. Frankreich und Deutschland werden nunmehr, da auch die letzten Schwierigkeiten beseitigt sind, ein eigenes Protokoll über die Marokko-Angelegenheit aufsetzen. In diesem Protokoll soll ein für allemal die Kompetenz des Haager Schiedsgerichts für alle sich etwa ergebenden Unstimmigkeiten anerkannt werden. Deutschland erhielt das wichtige Zugeständnis, daß jener Teil der Madrider Konferenz, der sich auf die Freizügigkeit und das Postwesen in Marokko bezieht, unverändert bleibt. Somit erleidet die Autorität der Konsuln keinerlei Schmälerung, auch ist über die Gerichtsbarkeit der Konsuln ein befriedigendes Arrangement getroffen. Bezüglich der Taxen für den Bergbaubetrieb und andere Industriezweige hat Deutschland, wie es scheint, nachgegeben.

Paris, 2. Oktober. Ein endgültiges Einvernehmen über Marokko steht unmittelbar bevor. Es konnte festgestellt werden, daß auf beiden Seiten der lebhafte Wunsch nach einer Einigung besteht, da Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und Botschafter Cambon bestrebt sind, zu einem Text zu gelangen, der vollkommen klar und jeder Zweideutigkeit bar ist und so für die Zukunft jede Ursache zu Reibungen oder zu Mißverständnissen verhütet. Man verhehlt sich indessen nicht, daß die Regelung der Kongofrage nicht weniger schwierig und nicht weniger heikel ist.

Friedensaussichten?

Im türkisch-italienischen Konflikt ist alles in der Schwebe und im Ungewissen. Man weiß nicht einmal, ob dieser Krieg bisher ein wirklicher Krieg zu nennen ist, man weiß aber noch weniger, ob die Aussichten auf baldige Ueberwindung des Konfliktes günstige sind, oder ob weitere Ereignisse bevorstehen, die die gesamte internationale Lage gefahrvoll verschärfen können.

Ueberhaupt gibt es keine zuverlässigen Nachrichten über die Operationen und die Zusammenstöße der beiden Gegner. Was vorgestern und gestern aus Tripolis, von der albanischen Küste, aus den Dardanellen gemeldet wurde, das wird heute als übertrieben oder sogar zum Teil als falsch widerrufen. Von Tripolis kommen gar keine neueren Nachrichten, da die funkentelegraphischen Verbindungen versagen, es wird aber behauptet, daß die gestrige Meldung vom Beginn des Bombardements auf Tripolis falsch gewesen sei und daß nur Uebungsschüsse der italienischen Kriegsschiffe gefallen seien. Ebenso wenig weiß man, ob eine Landung italienischer Truppen erfolgt ist oder nicht. Was aber die Geschehnisse an der albanischen Küste angeht, so erklärt man in Rom die türkischen Meldungen über Beschießungen verschiedener Hafenplätze, Prevesa, Durazzo und anderer, als unwahr; es sei von italienischen Kriegsschiffen lediglich auf türkische Torpedoboote, die den Handel in der Adria stören wollten, geschossen worden. Desgleichen werden die Nachrichten über Zusammenstöße der italienischen und der türkischen Flotte im ägäischen Meer dementiert, und zwar werden ebenso in Rom die türkischen Nachrichten über italienische Verluste und über die Sicherung der türkischen Flotte in den Dardanellen als unzutreffend erklärt, wie in Konstantinopel die italienischen Nachrichten über die Beschießung und Vernichtung türkischer Schiffe. Fast sieht es so aus, als werde sich dieser türkisch-italienische Konflikt bei allem Ernst der Situation zu einem Opereettenkrieg gestalten, in dem der eine dem anderen nichts gar zu Schlimmes antun will. Italien will seine Absichten auf Tripolis durchsetzen, ohne große Kriegsopfer zu bringen, und die Türkei muß den Abwehrkrieg führen, obschon sie weiß, daß sie Tripolis nicht zu halten vermag.

Nicht minder seltsam steht es auch um die Friedensvermittlungsversuche der Großmächte. Auch in dieser Hinsicht weiß man nichts Genaues. Frankreich und England sollen in Konstantinopel ein Eingreifen gegen Italien abgelehnt haben. Deutschland soll vermittels einer kaiserlichen Depesche mitgeteilt haben, daß seine bisherigen Bemühungen bei der italienischen Regierung „leider" vergeblich waren, daß es sich aber weiter bemühen wolle. Und Italien selbst erklärt, daß es wohl auf eine Friedensvermittlung eingehen werde, nämlich sobald — die Türkei in die Abtretung von Tripolis eingewilligt habe!

Wo hier die Schwierigkeiten der Friedensvermittlung liegen, ist nicht schwer zu erkennen. Daß England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich, wenn sie einig sind, den Frieden diktieren können, steht außer allem Zweifel. Wenn sie es doch nicht tun, so liegt es daran, daß sie unter einander nicht einig sind. Sie alle sind viel weniger als auf die Herstellung des Friedens, der allen europäischen Völkern nützt, auf die kleinen Vorteile der eigenen Nation bedacht. Das gegenseitige Mißtrauen, der Geist der Rivalität, lähmt ihre Aktionskraft.

• •

Tripolis.

London, 2. Oktober. Man bestätigt hier die Räumung Tripolis durch die türkischen Soldaten und die Besetzung durch die italienischen Landungstruppen. (?) Einzelheiten sind nicht bekannt, da die Verbindungen abgeschnitten sind.

Rom, 2. Oktober. Der Korrespondent der Tribuna, der Tripolis am 30. September zusammen mit den letzten italienischen Untertanen verlassen hat, meldet, der Entschluß, die Italiener abreisen zu lassen, sei gefaßt worden, nachdem der Kommandant des italienischen Geschwaders bekanntgegeben hatte, daß drei Tage nach der um Mittag erfolgten Notifizierung der Blokade das Bombardement beginnen werde.

•

Malta, 2. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Schreiben des britischen Konsulats in Tripolis, der auf der Castle Garth hier eingetroffen ist, berichtet, daß der letzte Rest von Italienern, etwa 150, mit Einschluß des italienischen Konsuls und der Journalisten, sich genötigt gesehen habe, Zuflucht auf dem italienischen Konsulat zu suchen. Kaum war dies geschehen, als ein Haufe von Mohammedanern erschien, das Konsulat umzingelte und unter wilden Drohungen und Racheschwüren in das Konsulatsgebäude einzudringen versuchte. Die Italiener hißten darauf die deutsche Flagge. Es gelang ihnen, an den türkischen Pascha eine Botschaft mit der Bitte um Hilfe zu senden, worauf fünfzig voll bewaffnete türkische Soldaten auf dem Schauplatz erschienen. Diesen gelang es, die Italiener, die drei deutsche Flaggen entfalteten, nach dem Landungsplatze zu eskortieren, wo sie zunächst an Bord der Castle Garth Schutz fanden. Später wurden die Italiener auf einen italienischen Torpedobootszerstörer gebracht und nach Syrakus geschafft. — Der französische Konsul in Tripolis hat telegraphisch um Schutz gebeten.

•

Rom, 2. Oktober. Die Tribuna meldet: Aus Malta ist die Nachricht eingegangen, daß der türkische Dampfer Derna vor dem Hafen von Tripolis von den Italienern zum Sinken gebracht worden sei.

•

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111003/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG